



Rathaus 2.0

**Digitalisierungsstrategie
für Höchstädt**

Ausgangslage

Nicht zuletzt die Covid 19-Pandemie hat deutlich gemacht, dass Deutschland auf dem Gebiet der Digitalisierung öffentlicher Leistungen und Stellen Nachholbedarf hat.

Auf Bundesebene wurde hierzu das Onlinezugangsgesetz (OZG) geschaffen, welches die digitale Verfügbarkeit der ca. 6.000 Verwaltungsleistungen in Deutschland bis Ende 2022 zum Ziel hat. Wenngleich eine rechtzeitige Zielerreichung unwahrscheinlich ist, werden dennoch erhebliche Fortschritte auf diesem Gebiet erzielt. Der Freistaat Bayern unterstützt die Bemühungen der Bundesrepublik durch den sog. OZG-Booster und hat in den letzten Monaten ein zentrales Bürgerportal, das Bayern-Portal, geschaffen. Auch hier werden signifikante Verbesserungen in nächster Zeit zu erwarten sein.

Im Gesamtsystem der öffentlichen Verwaltung ist es nach unserer Ansicht nun nötig, dass auch die Stadt Höchstädt ihren Teil für eine erfolgreiche Digitalisierung leistet. Statt teurer und durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zu leistende Insellösungen durch „Eigen-Apps“ fordern wir daher, die durch den Freistaat erstellten Lösungen zu nutzen, zu unterstützen und – wo nötig – zu ergänzen.

Antrag

Wir beantragen:

1. Die Stadt Höchstädt überträgt ab 1. Januar 2023 **Sitzungen des Stadtrats via Livestream** und speichert die Sitzungen zum Nachsehen für 12 Monate auf der Homepage. Hierzu sind die Geschäftsordnung zu ändern, Einwilligungserklärungen aller Stadträte einzuholen und die technischen Voraussetzungen zu schaffen.
2. Die Stadtverwaltung legt für jeden Stadtrat eine **eigene E-Mail-Adresse** nach dem Muster vorname.nachname@stadtrat.hochstaedt.de an. Zusätzlich soll nach schriftlicher Zustimmung jedes Mitgliedes, dessen Geburtsjahr auf der Homepage hinterlegt werden, damit auch die Transparenz hinsichtlich der Altersstruktur des Gremiums gegeben ist.
3. Die App „**Bayern Funk**“ wird in der Stadt Höchstädt eingeführt.
4. Die Stadt Höchstädt setzt sich in der VG-Versammlung aktiv für die Implementierung möglichst **aller Verwaltungsleistungen im BayernPortal** ein.

Begründung

Zu 1.

Der Höchstädter Stadtrat entscheidet über eine Vielzahl von Anliegen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Beispielsweise seien hier die Ausweisung von Baugebieten, zur weiteren Entwicklung von Höchstädt oder auch die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung genannt. Diese Aufgaben transparent und nachvollziehbar darzustellen, ist Ziel und Anspruch unserer Politik. Zugleich haben sich die Gegebenheiten unserer Gesellschaft verändert. Die moderne Arbeitswelt lässt die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger bei öffentlichen Sitzungen aus Zeitgründen nicht immer zu; zudem bestehen teilweise Mobilitätsprobleme, die dem persönlichen Besuch der Sitzung entgegenstehen.

Eine transparente Politik des 21. Jahrhunderts zeichnet sich unserer festen Ansicht auch dadurch aus, dass alle Bürgerinnen und Bürgern ein barrierefreier Zugang zur Sitzung ermöglicht wird. Eine Videoübertragung des öffentlichen Teils der Sitzungen könnte mit wenig technischem und finanziellem Aufwand zeitnah ermöglicht werden. Die Sitzungen sollten dann live auf der Homepage der Stadt gestreamt werden und auch noch im Nachgang online für zwölf Monate abrufbar sein. Als positive Beispiele möchten wir die Landeshauptstadt München, die Stadt Augsburg und unsere Nachbarkommune Blindheim nennen, dies sich erfolgreich bereits daran gewagt haben, dies umzusetzen. Der Datenschutz sowie das individuelle Persönlichkeitsrecht wären gewahrt, wenn jeder Stadtrat sein schriftliches Einverständnis gibt, das natürlich jederzeit widerrufen werden kann. Stadträte, die kein Einverständnis erteilen, werden weder aufgenommen noch gestreamt – in der Zeit ihrer Wortbeiträge wäre die Sitzung im Internet unterbrochen (vgl. Nachrichtensendungen mit Sportberichterstattungen: hier wird der Hinweis „Aus rechtlichen Gründen ist dieser Beitrag nicht online verfügbar. Es geht gleich weiter“ eingeblendet).

Wir fordern nicht nur, sondern fördern auch...

Die Fraktion CSU/JU wäre – sofern personelle Bedenken bestehen – bereit, den Betrieb der Online-Sitzung für ein Jahr unabhängig und überparteilich zu übernehmen.

Zu 2.

Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt ist aus Sicht unserer Fraktion ein zentrales Anliegen der Stadträte. Nur so können Meinungen und Anregungen

aber auch Kritik zur aktuellen Stadtpolitik auf kurzem Wegen an die Räte herangetragen werden. Um auch hier Barrieren abzubauen und die Stadträte nicht zu zwingen, ihre privaten Kontaktdaten nach außen zu tragen, wäre es aus unserer Sicht der richtige Weg, wenn jedes Mitglied des Gremiums eine eigene E-Mail-Adresse erhält (Bsp. vorname.nachname@stadtrat.hoechstaedt.de). Die technischen Voraussetzungen hierfür liegen seit langer Zeit vor. Zudem wird durch den Einschub „@stadtrat.hoechstaedt.de“ klargestellt, dass kein Verwaltungsmitarbeiter schreibt, sondern ein Stadtrat, welcher über keine Befugnisse im alltäglichen Rechtsverkehr verfügt.

Die Veröffentlichung des Geburtsjahres eines jeden Mitgliedes des Stadtrates, würde auch für alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit schaffen sich transparent und barrierefrei über die Altersstruktur des Gremiums zu informieren. Als Beispiel für diese Vorgehensweise sei hier die Stadt Gundelfingen a. d. Donau aufgeführt.

Zu 3.

Die durch das Staatsministerium für Digitales entwickelte und kostenfreie App „BayernFunk“ stellt ein digitales „Schwarzes Brett“ dar, dass – im Gegensatz zu Insellösungen einzelner Verbände und Vereine – für alle Bürgerinnen und Bürger offen steht. Die App kann zur Bewerbung von Veranstaltungen, Mitteilung von Nachrichten und weiteren Leistungen (wie z.B. Suche/Biete) verwendet werden. Die VG-Gemeinden Blindheim und Finningen haben bereits diese App in Verwendung, und nutzen Sie mit einer immer größeren Zustimmung aus der Bürgerschaft. Die Administration müsste durch die Stadt Höchstädt erfolgen.

Wir fordern nicht nur, sondern fördern auch...

Die Fraktion CSU/JU wäre – sofern personelle Bedenken bestehen – bereit, die Administration der App für ein Jahr unabhängig und überparteilich zu übernehmen.

Zu 4.

Aufgrund der bewährten, in Digitalisierungsangelegenheiten jedoch oft bremsenden föderalen Struktur unseres Landes ist ein Gelingen der Digital-Offensive von Bundes- und Landesregierung nur durch die Mithilfe der Verwaltungsträger vor Ort möglich. Daher muss es unser Anliegen sein, dass die Verwaltungsgemeinschaft, welche die Aufgaben der laufenden Staatsverwaltung übernimmt, einen höchstmöglichen Grad an digitalen Angeboten ins Programm aufnimmt. Die Stadt Höchstädt sollte im Rahmen ihrer Möglichkeiten hierauf hinwirken.